Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 17. Februar 1926 — Nummer 40

Keine Landtagsauflösung!

Wie die „Sprengung" der Koalition aussieht!

Ein neuer Vorstoß der Rechten

Dresden, 16. Februar 1926.

P.P. Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 16. Februar den kommunistischen **Auflösungsantrag abgelehnt.** Von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten stand eine geschlossene Front gegen die Auflösung des Landtages. Die Führer der linken SPD., wie Arzt, Liebmann, Menke usw., haben ihre Anhänger schmählich im Stich gelassen und sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Linken hatten durch ihre Forderung nach Ueberweisung des kommunistischen Auflösungsantrages an den Ausschuß das Ziel verfolgt, die Entscheidung über den Auflösungsantrag hinauszuschieben. Dieses Verschleppungsmanöver ist verhindert worden. Die SPD., die jahrelang im Lande herumgereist ist mit der Propaganda für die Auflösung des Landtages, hat die schnelle und wirksame Auflösung durch ihr Verhalten verhindert. Durch die Stellungnahme der SPD. ist eine neue Lage geschaffen, mit der sich die Arbeiterschaft beschäftigen muß.

Die sozialdemokratischen Führer erklärten nach dem Landesparteitag vom 31. Januar 1926: **die Krise in Sachsen sei durch die Beschlüsse des Parteitages beendet worden.** Die Anträge des Landesparteitages, für die sich einzusetzen die Mitglieder der bisherigen Fraktionsmehrheit ihr Ehrenwort gegeben hätten, würden die Landtagsauflösung bringen. Der Dresdner Parteitag habe den Schlußstrich unter ein schwarzes Kapitel der sächsischen Parteigeschichte gezogen. Er habe aber auch gleichzeitig ein neues Kapitel eröffnet, dessen wichtigster Satz lautet: „Kampf bis aufs Messer dem Bürgertum." In diesem und ähnlichem Sinne orientierte die sozialdemokratische Presse ihren Lesern über die Ergebnisse des Landesparteitages. Es wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß der Landtag unter allen Umständen bis **Anfang März aufgelöst** werden müsse.

Die Beschlüsse des Sächsischen Landesparteitages sollten nach dem Willen der Linken auf alle Fälle zur Sprengung der Großen Koalition in Sachsen führen. Die Voraussetzung dieser Beschlüsse war die unbedingte Zustimmung aller sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder einschließlich der Minister zu den Anträgen und darüber hinaus zur Landtagsauflösung. Nur wenn die Linken eine Garantie dafür hätten, daß die Rechten sämtlich bei der Stange bleiben und nicht abermals zum Bürgertum überlaufen würden, könnten sie auf dem Boden dieser Anträge manövrieren. Es zeigte sich aber bereits auf dem Landesparteitag, daß die Linken diese Garantie — Zustimmung der Rechten zur Landtagsauflösung — nicht hatten. Das **Mißtrauen der sozialdemokratischen Arbeiter in die Haltung der 23 Rechten zu den Beschlüssen des Parteitages hat sich in vollem Umfange als völlig berechtigt herausgestellt.** Die Linken selbst hatten vor ihren Auftraggebern kein reines Gewissen, deshalb führten sie den Parteitag hinter verschlossenen Türen. Nicht einmal die eigenen Parteimitglieder auf den Tribünen durften allen Verhandlungen folgen. In Fraktionssitzungen wurden die wichtigsten Beschlüsse gefaßt. Diese Beschlüsse wurden ebenfalls nicht restlos den Mitgliedern bekanntgegeben. Rechte und Linke haben sich gegenseitig nicht über den Weg getraut. Den Vorteil aus dieser Situation mußten natürlich in vollen Umfange die Rechten einheimsen.

In der Dienstagsitzung des Landtages, bei der Schlußberatung über den kommunistischen Auflösungsantrag, brach die notdürftig **zusammengeleimte Einheit** wieder auseinander. In der vorhergehenden Sitzung hatte als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion der Abgeordnete Schwarz erklärt:

„Die Fraktion hat sich für die Landtagsauflösung noch in diesem Quartal festgesetzt. **Die Mitglieder haben ihr Ehrenwort gegeben.** Wenn die Lage ernst ist, ist die Sozialdemokratie immer einig."

Es kam bereits bei dieser Rede des Abgeordneten Schwarz zu einer Gegendemonstration der rechten Fraktionsmehrheit. Als die Kommunisten in der Dienstagsitzung erneut auf die Beschlüsse des Landesparteitages hinwiesen und an Hand der gesamten sächsischen sozialdemokratischen Presse die Frage aufwarfen, **ob die 23 ihr Ehrenwort halten und geschlossen stimmen würden,** kam es zu einem offenen Zwischenfall. **Heldt, Bethke,** und die Abgeordnete Büttner erklärten gegenüber dem Redner unserer Fraktion durch Zwischenrufe, **daß sie kein Ehrenwort abgegeben hätten.** Der Führer der Rechten, Bethke, machte hierauf im Namen der **Fraktionsmehrheit die Mitteilung, daß die Fraktionsmehrheit ein Ehrenwort nicht gegeben habe** und daß von ihr auch keine Erklärung verlangt worden sei.

Die Entwicklung in Sachsen seit dem Landesparteitag der SPD. **hat die Kritik der Kommunisten an diesem Parteitag vollauf bestätigt. Die Kommunisten erklärten, daß der Kuhhandel der Linken mit dem Parteivorstand in der Auflösungsfrage zu den verhängnisvollsten Folgen führen müsse.** Der Sturz der Heldt-Regierung in Sachsen könne nach allen bisherigen Erfahrungen **nur gegen die 23 Rechten** durchgesetzt werden, und es bedeute, **neue Illusionen** innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu verbreiten, wenn als Ergebnis des Parteitages „Einigkeit" durch die Beseitigung der Heldt-Regierung festgestellt würde. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben mit den Rechten im Verlauf der letzten Jahre so tiefgehende politische Erfahrungen gemacht, daß es keinerlei Zweifel mehr unterliegen kann: durch Nachgeben und Kompromisse mit den Rechten kann man den Willen der Arbeiter nicht durchsetzen. Noch immer hat sich in jeder entscheidenden Frage herausgestellt, daß die Rechten mit dem Bürgertum gegen die Arbeiter gegangen sind. Die Rechten haben auch immer rücksichtslos erklärt, daß sie **für die Koalitionspolitik** sind und daß sie die Heldt-Regierung unter **allen** Umständen halten werden. Die Situation **nach dem Landesparteitag** zeigt den linken Führern, wie verkehrt es ist, in großen Dingen schlau sein zu wollen. Die Beschlüsse des Parteitages schlagen jetzt gegen die Linken selbst aus.

Nach dem neuen Vorstoß der Bethke und Kühn steht vor den sozialdemokratischen Arbeitern die Frage: **Kann es überhaupt eine Einigung mit den Rechten geben?** Fünf **Landesparteitage,** die **Berliner** und **Heidelberger** Reichsparteitage haben „Einigungsbeschlüsse" gefaßt, die jedesmal mit großem Pathos den vertrauensseligen Mitgliedern vorgesetzt wurden. Nach jedem Parteitag haben dann die Rechten **auf den Willen der Mitglieder gepfiffen** und die Politik der Bourgeoisie weiter durch dick und dünn mitgemacht. Hierauf wiederum Verhandlungen, größtes Entgegenkommen der Linken, unhaltbare Kompromisse — und **wiederum zynische Brüskierung** der sozialdemokratischen Arbeiter durch die Rechten. Die Schuld für die **Unendlichkeit** und Schmerzhaftigkeit dieser Krise trifft in vollem Umfang diejenigen Führer, die nie wagten, zur ultimativen Durchführung ihrer Beschlüsse die **Mitglieder** mobil zu machen. **Die Lage wäre heute völlig anders, wenn der Ausschluß der 23 seinerzeit aufrechterhalten worden wäre.** Es war der Wille der Mitglieder, und ihm mußte eine weitschauende Führung Geltung verschaffen. Die Linken sind den damals notwendigen Schritt aus Furcht vor den Konsequenzen nicht zu Ende gegangen. Jetzt rächt sich ihre Halbheit und Schwäche. **Es ist bereits heute zu übersehen, daß die SPD. nicht imstande sein wird, ihre gesamte Fraktion zur Abstimmung über die sozialdemokratischen Anträge zu bringen.** Das Schicksal dieser Anträge ist damit eigentlich schon entschieden. Wenn die Linken es jetzt wirklich ernst meinen mit der Linderung der Not der Erwerbslosen und Allerärmsten, **dann müssen sie gemeinsam mit den Kommunisten in den Betrieben und Gewerkschaften den Kampf gegen die rechten Saboteure und Freunde der Reaktion aufnehmen und die gesamte Arbeiterschaft zur Durchführung der wichtigsten Forderungen mobilisieren.**

Das erfordert aber auch in der Frage der **Einheitskomitees** eine andere Stellungnahme und entschiedenen Kampf gegen alle Feinde und Saboteure des Volksentscheids in der Führerschaft der SPD.

Die Kommunisten werden, wie immer bisher, so auch jetzt den Kampf gegen die Reaktion, für die **unmittelbare Besserung der Lage der Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Wohnungslosen** und darüber hinaus aller Arbeiter mit gewohnter Energie weiterführen. Es wird sich bereits in den nächsten Tagen erweisen, wer wiederum zur Bourgeoisie überläuft und sich gar nicht daraus macht, **seine eigenen Anträge im Stich zu lassen.** Die Rechten haben bis jetzt nicht die Regierungskoalition, sondern nur die einheitlichen Beschlüsse des Sozialdemokratischen Landesparteitages gesprengt.

Die Kommunisten werden alle Kräfte der Arbeiterschaft zum Kampf gegen die bürgerlichen Parteien und gegen die Saboteure und Feinde der Einheitsfront aufrufen. Der **Kampf geht weiter. Die sozialdemokratischen Arbeiter** werden ihren Willen durchsetzen, wenn sie sich mit den Kommunisten in eine **gemeinsame Front zum Sturz der Heldt-Regierung und zur Auflösung des Landtages stellen.**

Das Ehrenwort der Renegaten — ein Verlegenheitsmanöver der Linken

In der gestrigen Sitzung des Landtages wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages mit 80 gegen 9 Stimmen der Kommunisten von den Deutschnationalen bis zu den linken Sozialdemokraten abgelehnt. Bei der namentlichen Abstimmung hatten die führenden linken sozialdemokratischen Abgeordneten Arzt, Liebmann, Weckel, Nebrig, Menke und Schilling es vorgezogen, den Sitzungssaal nicht zu betreten. Der Abgeordnete Bethke gab im Namen seiner rechten Fraktionsgenossen eine Erklärung ab, daß die von dem Abgeordneten Schwarz aufgestellte Behauptung, nach der sich die 23 Rechten und auch die SPD.-Minister ehrenwörtlich für die Landtagsauflösung verpflichtet hätten, nicht den Tatsachen entspricht. Die Fraktionsmehrheit habe weder eine solche Erklärung abgegeben, **noch sei von ihr eine solche Erklärung verlangt worden.**

*

Die Abstimmung über den kommunistischen Auflösungsantrag entrollt noch einmal das von uns bereits gekennzeichnete Manöver der SPD., der sofortigen Landtagsauflösung nicht zuzustimmen, um durch die Beschlußfassung über die sozialdemokratischen Anträge der Not und dem Elend der breiten Schichten zu steuern. Die rechten Führer der SPD. denken gar nicht daran, den Landtag aufzulösen. Das hat die gestrige Sitzung erneut bewiesen. Die Niederlage der Linken, die nicht den Mut aufbringen, sich von den rechten Renegaten zu trennen und einen ernsthaften Kampf zu führen, ist vollständig. Ein Teil von ihnen stimmte, von den Rechten durch die Unterstützung des kommunistischen Antrages auf namentliche Abstimmung gezwungen, gegen die sofortige Auflösung des Landtages, während die obengenannten den besseren Teil der Tapferkeit erwählten und sich vor einer klaren Entscheidung drückten. Die gestrige Abstimmung bestätigte die von uns bereits am Montag zitierte Mitteilung der bürgerlichen Presse, **wonach in einer Geheimsitzung der Koalitionsparteien, die sich mit der Tagesordnung der Landtagsauflösung beschäftigt hatte volle Uebereinstimmung erzielt worden sei.** Die Abstimmung bestätigte, was die linken sozialdemokratischen Blätter als **„freche Lüge gewissenloser Reporter"** und eine **„ganz gemeine Hinterhältigkeit gegen die sächsischen Parteigenossen"** bezeichnete. Zum Gaudium der bürgerlichen Koalitionsfreunde werden die Linken von den rechten Schiebern an der Nase herumgezogen. Auf die Mitteilung des Genossen Böttcher, daß nach den im Landtage gemachten Mitteilungen des Abgeordneten Schwarz und nach den Berichten der SPD.-Presse sich die 23 Rechten ehrenwörtlich verpflichtet hätten, den Landtag bis zum 4. März aufzulösen, **bestritten die Kühn, Heldt, Bethke, Büttner** und **Franz, jemals eine solche Erklärung abgegeben zu haben.** Die bürgerlichen Vertreter quittierten die von Bethke verlesene Erklärung der 23 Rechten mit lebhaftem Beifall. Die Linken blieben bei dieser Erklärung stumm.

Die angebliche Verständigung auf dem sächsischen Landesparteitag entpuppt sich als ein ebensolcher Bluff wie die Einmütigkeit des Heidelberger Parteitages. **Die 23 Rechten wollen keine Landtagsauflösung, sie wollen keine Arbeitermehrheit, ihr Ziel ist die Fortsetzung der Koalitionspolitik mit dem Bürgertum, sie fürchten bei Landtagsauflösung um ihre Abgeordnetensitze und haben bereits jetzt mit dem Parteivorstand um die Verteilung der Mandate gefeilschandelt,** sie schrecken zur Erreichung ihres Zieles selbst vor der Spaltung und der Gründung einer Gewerkschaftspartei nicht zurück. Während dieser wuchtigen Anklage, die der Genosse Böttcher bei der Begründung des kommunistischen Antrages den rechten Renegaten entgegenschleuderte und die von ihnen mit wütendem Getobe beantwortet wird, schweigen die Linken beireten und Edel, Schwarz, Tempel, Graupe und die Schlag stimmen gemeinsam in der Front mit Beutler, Blüher und Bethke gegen die Kommunisten.

Jedem sozialdemokratischen Arbeiter, der das Verhalten der SPD.-Fraktion bei der Abstimmung über den kommunistischen Auflösungsantrag beobachten konnte, muß die Schamröte ins Gesicht steigen. Der politischen und parlamentarischen Verlumpung der SPD.-Fraktion im Sächsischen Landtage, die mit den Interessen der Arbeiter Schindluder treibt und den Willen der SPD.-Parteimitglieder mit Füßen tritt, **muß ein Ende bereitet werden.** Mit diesem unwürdigem Spiel **muß die sozialdemokratische** und die gesamte Arbeiterschaft **Schluß machen.** Trotz aller Hetze müssen sich die sozialdemokratischen Arbeiter zusammenfinden in gemeinsamer Kampffront, mit den Kommunisten Einheitskomitees bilden und den Kampf um die Auflösung mit verstärkten Kräften weiterführen.

In der Front mit den Rechten

Die „Dresdner Volkszeitung" bringt gestern abend in großer Aufmachung an der Spitze die Mitteilung: „Der kommunistische Auflösungsantrag abgelehnt." Sie druckt die Erklärung Bethkes, daß die Rechten keine ehrenwörtliche Erklärung für die Landtagsauflösung abgegeben haben, ohne jeden Kommentar ab. Die Haltung der „Dr. V." **zeigt deutlich ihr Abschwenken ins Lager der Rechten und bestätigt, daß der Parteivorstand vollständig mit der Politik der Rechten einverstanden ist.**